

Was wäre wenn?

Vor 75 Jahren wurde in der BRD die Volksbefragung zur Wiederbewaffnung verboten.

Am 8. Mai 1945 hatte der Sieg der Alliierten dem deutschen Faschismus und dem Krieg in Europa ein Ende gesetzt. Mit der bedingungslosen Kapitulation war zunächst das Morden und Sterben vorbei. Die Bevölkerung in Deutschland fand sich in einem bis auf die Grundmauern zerstörten Land wieder. Die wenigsten Deutschen begriffen das Ende als Befreiung. Die meisten von ihnen hatten allerdings die Nase voll vom Krieg. Das „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ war – angesichts der Opfer und der Zerstörungen – für die meisten Menschen naheliegend. Das Friedensgebot fand als eine der wichtigsten Bestimmungen seinen Weg in das Grundgesetz.

Allerdings gab es von Anfang an Kräfte, die mit einem friedlichen Weg für Deutschland nicht einverstanden waren. Oft zitiert wird der Ausspruch von Winston Churchill, der Westen habe das „falsche Schwein geschlachtet“. Der richtige wäre die Sowjetunion gewesen. Im Verbund mit den westlichen Alliierten sollte Deutschland zum - auch militärischen – Bollwerk gegen den Kommunismus aufgebaut werden.

Dagegen entwickelte sich Widerspruch und Gegenwehr. Im Januar 1951 hatte in Essen ein Friedenskongress mit 1700 TeilnehmerInnen stattgefunden, bei dem ein Manifest gegen die Remilitarisierung beschlossen und ein Ausschuss für die Vorbereitung einer Volksbefragung bestimmt wurde. Mitglieder dieses Ausschusses waren konservative Politiker, Militärs, SPD- und KPD-Funktionäre, Aktive aus den christlichen Kirchen, z.B. von Pax Christi. Während dieser Ausschuss die vorherrschende Stimmung in der Bevölkerung widerspiegelte, trafen sich schon 1949 – noch vor der Gründung der BRD – 2000 ehemalige Nazi-Offiziere, Veteranen aus der Wehrmacht und Waffen - SS, um - geheim - über eine Remilitarisierung zu beraten.

Währenddessen organisierten sich die Gegner der Wiederbewaffnung. Die Volksbefragungsbewegung wurde zu einer Massenbewegung und erreichte nahezu alle Schichten der Bevölkerung.

Im April 1951 fragte ein Bündnis aus CDU/CSU, FDP, DP und BP die Regierung Adenauer: „Was hat die Bundesregierung bisher zur Unterbindung dieser Aktionen getan und was gedenkt sie zu tun, um Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und den Angriff auf die Demokratie abzuwehren?“ Um den „Angriff auf die Demokratie“ abzuwehren, wurde die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung am 25.4.51 durch die Bundesregierung verboten.

Doch die Bewegung ließ sich nicht aufhalten: politische Streiks, Dispute zwischen Basis und Führung in sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Gliederungen, Betriebsversammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen erreichten Hunderttausende.

Doch der Staat reagierte weder friedlich noch demokratisch. 7.321 Helfer und Helferinnen wurden verhaftet. Mehr als 1.000 Gerichtsverfahren wurden eingeleitet. Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) wurde als Unterstützerin der Kampagne verboten.

Trotz des Verbotes der „kommunistischen Volksbefragung“ (Adenauer) stimmten im Rahmen der selbstorganisierten Befragung und angesichts der Verfolgung und Schikanen umso bemerkenswerter rund 8 Millionen Menschen - 94 % der Befragten - gegen die Remilitarisierung.

Die Friedensbewegung konnte die Remilitarisierung nicht verhindern. Die Bundesregierung arbeitete am Aufbau westdeutscher Streitkräfte. Nazi-Generäle, die an den Verbrechen in der Sowjetunion (Heusinger) und in Frankreich (Speidel) führend beteiligt waren, legten den Grundstock für ein militarisiertes Westdeutschland. Diese Wurzeln der Bundeswehr waren und sind prägend.

Angesichts der größten Aufrüstung Deutschlands seit 1945, der geplanten Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, neuer (alter) Feindbildproduktion scheint es wie ein Traum: Wenn – nach zwei von

Deutschland ausgegangenen Weltkriegen - diese BRD ein friedliches und demokratisches Land geworden wäre.

(Quelle: Gegen Remilitarisierung – für Friedensvertrag, von Ulrich Macher aus Unsere Zeit, UZ, Ausgabe vom 8. Mai 2026)